

Pressemitteilung 07.04.2024, Nr. 20

ANDERE BUNDESLÄNDER GEHEN VORAN

Wohnungsbau: Nach Schritt 1 aus Berlin muss Schritt 2 aus Stuttgart folgen

Das baden-württembergische Handwerk wirbt bei der Landesregierung für kurzfristige Impulse für die Bauwirtschaft.

„Nicht nur das Bauhandwerk, sondern das gesamte Handwerk macht sich Sorgen um die Probleme im Wohnungsbau. Rückgänge bei Investitionen und im Konsum kommen irgendwann auch auf weiteren Stufen der Wertschöpfungskette und in allen Sektoren der Volkswirtschaft an. Der Bau ist die Lokomotive unserer Konjunktur. Wenn vorne Bremsklötze im Weg liegen, stockt der ganze Zug bis zum letzten Waggon“, sagt Handwerk BW-Präsident Rainer Reichhold. „Wir glauben zwar, dass die Landesregierung diese Erkenntnis teilt, wir befürchten nur, dass sie aus der Erkenntnis keine Handlungen ableitet“, so Reichhold weiter.

Nachdem im Bund das lang ersehnte Wachstumschancengesetz verabschiedet wurde, mit dem zusätzliche steuerliche Abschreibungen bei Bauprojekten möglich werden, sei das Land in der Pflicht, weitere Impulse zu setzen. „Eine zeitweise Herabsetzung der Grunderwerbsteuer und eine Erhöhung der sozialen Wohnraumförderung sind jetzt geboten. In beiden Punkten kann sich Baden-Württemberg an Bayern ein Beispiel nehmen, so sehr dieser Vergleich die Verantwortlichen hier auch schmerzt. 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer in Bayern statt 5 Prozent hier. 600 Mio. Euro Wohnraumförderung in Bayern statt 168 Mio. hier – das sind die Fakten.“ Bau- und Finanzministerium sollten hier zu einer Lösung in Sinne des Landes ohne Parteitaktiken finden. Auch könnten sie sich an NRW und Hessen orientieren, wo es eigene Förderprogramme für den Erwerb von Wohneigentum gebe.

Es sei im Interesse nicht nur des gesamten Handwerks bis hin zu Bäckern und Friseuren, sondern auch anderer Wirtschaftszweige und der wohnungssuchenden Bevölkerung, dass der Bau aus der Krise kommt. Hohe Material- und Energiepreise, gestiegene Bauzinsen sowie Verschlechterungen bei der Neubauförderung des Bundes haben zu einem Nachfrageeinbruch geführt. Seit Dezember 2022 sind die Wohnungsbaugenehmigungen kontinuierlich rückläufig. Zuletzt gingen sie im Januar dieses Jahres um fast 50 % zurück. Gleichzeitig sanken die Auftragseingänge um mehr als ein Drittel. In der Folge droht sich die Wohnungsnot in größeren Städten und Ballungsräumen weiter zu verschärfen. Gleichzeitig leiden die im Wohnungsbau tätigen Unternehmen unter Auftragsmangel. Ein deutlicher Anstieg der Insolvenzen und der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft ist zu befürchten. Schnelle und gezielte Gegenmaßnahmen seien jetzt wichtig, so der Spitzenverband des Landeshandwerks, der insgesamt 140.000 Betriebe und 800.000 Beschäftigte repräsentiert.



HANDWERK BW vertritt die Interessen von rund 140.000 Handwerksbetrieben mit rund 800.000 Beschäftigten. Als Dachverband der Handwerksorganisationen in Baden-Württemberg bündelt HANDWERK BW die Arbeit von Handwerkskammern und Fachverbänden des Handwerks auf Landesebene und spricht mit einer Stimme gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Mehr unter www.handwerk-bw.de.